

Hintergrund: Ukraine

Nr. 76 / 11. November 2015



Kommunalwahlen in der Ukraine – Prolog für das Ende der Regierungskoalition?

Miriam Kosmehl & Volodymyr Oliinyk

Am 25. Oktober wählten Millionen Ukrainer (fast) im ganzen Land ihre lokalen Abgeordneten in die Parlamente von Gemeinden, Kreisen und Gebieten – doch es dominierten die übergreifenden Themen: Frieden und Reformen. Überwiegend ausgenommen waren die eigentlich Wahlberechtigten unter den 1,5 Millionen Binnenflüchtlingen. Nicht gewählt wurde auf der von Russland annektierten Krim sowie in kriegsbetroffenen Teilen des Donbass. Entsprechend gibt es auch für die Oblasti (Gebiete) Donezk und Luhansk keine neuen Gebietsräte. Zudem wurde die Wahl zu drei Stadträten der Gebiete Donezk und Luhansk abgesagt, die nicht von den sog. Separatisten besetzt sind, darunter auch in Mariupol, der Gebietshauptstadt seit in Donezk gekämpft wird.

Vorbereitung nach alten Mustern ...



Graphik: http://lb.ua/news/2015/11/09/320453_zlochyn_znachit_kara.html?print. / Die roten Balken zeigen die Ergebnisse nach der Protokollprüfung. An erster Stelle die Präsidentenpartei, an dritter Stelle Vaterland. Für die Parteien Oppositionsblock (Platz 7) und UKROP (Platz 8) entscheidet sich durch die Überprüfung ihre Vertretung im Gebietsrat, weil die Unterschiede sich um die Fünfprozenthürde bewegen.

Im Bemühen um Strukturreformen wurden lokale Abgeordnete vor den Wahlen per Gesetz mit mehr Kompetenzen und Finanzkraft aufgewertet. Noch am Wahltag wies Premierminister Jazenjuk darauf hin, dass Straßen, Schulen und Krankenhäuser nach den Wahlen erneuert und repariert gehörten. Kurz vor dem Beginn der Wahlkampagne verabschiedeten die auf der nationalen Ebene regierenden Großparteien allerdings ein neues Lokalwahlgesetz, um die Folgen eigener Popularitätseinbrüche einzulegen. Insbesondere für Parteien ohne Oligarchen-Finanzierung war die damit eingeführte Fünfprozenthürde zu hoch. In ukraini-

sche Wahlkämpfe fließt erheblich mehr Geld als etwa in Deutschland. Auch die schon länger zugesagten offenen Wahllisten, die endlich Bürgern die Einflussnahme auf die Auswahl einzelner Kandidaten ermöglicht hätte, blieben aus. Die Partei Jazenjuks „**Volksfront**“, die bei der Parlamentswahl vor einem Jahr nach dem Verhältniswahlverfahren am besten abgeschnitten hatte und seitdem die zweitgrößte Fraktion im Parlament stellt, nahm an der Wahl nicht teil. Nach Vorwahlumfragen konstant unter zwei Prozent liegend, so dass die alte Dreiprozenthürde ein unüberwindbares Hindernis gewesen wäre, kandidierten ihre Mitglieder entweder auf der Liste der Präsidentenpartei „**Block Petro Poroschenko Solidarität**“ auf der Basis einer Quotenvereinbarung oder als selbstaufgestellte Kandidaten.¹

Die letzten regulären Lokalwahlen im Oktober 2010 unter Ex-Präsident Janukowytsch und seiner „**Partei der Regionen**“ beurteilten Beobachter damals als unfair. Obwohl auch dieses Mal im Wahlkampf und während der Wahl zahlreiche Verstöße gegen Gesetze und Prozeduren gemeldet wurden, war nach ersten Beobachtungen des als zuverlässig geltenden Bürgernetzwerks „Opora“ und des unabhängigen „Wählerkomitees der Ukraine“ kein System am Werk, das die Wahlergebnisse im großen Umfang zu fälschen suchte. Insgesamt wurde die Wahl akribisch beobachtet, Missstände angeprangert, teils gar behoben. Mit fortschreitender Zeit kommen aber Einzelheiten ans Licht, die nach gezielten Unregelmäßigkeiten aussehen. So stellt „Opora“ in der Graphik für das zentralukrainische Gebiet Tscherkasy die Wahlergebnisse zum Gebietsrat nach erster und erneuter Protokollprüfung gegenüber – mit erheblichen Unterschieden.

Von Beginn an sahen Wahlbeobachter den massiven Ressourceneinsatz kritisch. Von Chancengleichheit von Parteien und Kandidaten konnte keine Rede sein.

¹ Dies war nach dem neuen Wahlgesetz nur in den kleinsten Gemeinden, Dörfern und Siedlungen, möglich. In allen Gemeinden mit dem Status „Stadt“ waren nur Parteikandidaten zugelassen.

Die Zentrale Wahlkommission (ZWK) veröffentlichte die Wahlergebnisse zudem spät und unvollständig. Das erinnert die ukrainische Öffentlichkeit an die zweifelhafte Legitimität der Kommission, deren Vollmachten im April 2014 ausgelaufen waren. Da es in der Sondersituation nach der Flucht des damaligen Präsidenten Janukowytsch und der auf Mai 2014 vorgezogenen Präsidentschaftswahl unmöglich war, eine neue Kommission zu besetzen, weil dafür die Beteiligung des Präsidenten erforderlich gewesen wäre, hatte das Parlament die Vollmachten der Kommission verlängert und die Erneuerung dem neuen Präsidenten überlassen. Dann geriet die Angelegenheit „in Vergessenheit“. So arbeitet die Zentrale Wahlkommission, deren Mitglieder zum Teil in schwer nachvollziehbarem Wohlstand leben, mittlerweile eineinhalb Jahre über ihr Mandat hinaus.

... reicht nicht zum Machterhalt

Grund zur Freude haben die das Land mit den stärksten Fraktionen im nationalen Parlament regierenden Parteien dennoch nicht.

Gleichmäßige Unterstützung in allen Regionen des Landes erfuhr, neben der „**Vaterlandspartei**“ von Ex-Premierministerin Julia Timoschenko, noch die dem Staatspräsidenten nahestehende Partei „**Block von Petro Poroschenko Solidarität**“, aber mit erheblichen Verlusten im Vergleich zum Vorjahr. In Kiew schnitt Vitali Klitschko, der Verbündete des Präsidenten, zwar als Bürgermeisterkandidat am besten ab, doch muss er am 15. November in eine Stichwahl. „Seine“ Partei (ehedem „**UDAR**“, nun „**BPP Solidarität**“) wird nach wie vor die größte Fraktion im Stadtrat Kiews bilden, hat aber keine eigene Mehrheit mehr und ist künftig auf Koalitionspartner angewiesen. Problematisch waren für die Präsidentenpartei vor allem die Ost-Großstädte Charkiw und Dnipropetrowsk, wo sie nur knapp in die Stadtparlamente kommt.²

Das beste Ergebnis landesweit erzielte „**Vaterland**“ mit insgesamt 6.732 Mandatsträgern und mehr Plätzen in lokalen Räten als jede andere Partei (gegenüber insgesamt 6.340 der zweitplatzierten Partei „**BPP Solidarität**“).³

Durchweg gute Ergebnisse erzielte in fast allen Landesteilen die Partei „**Selbsthilfe**“ des Lemberger Bürgermeisters Andrij Sadowyj. In ihrer Hochburg Lemberg erreichte sie bessere Ergebnisse als die nationalistische „**Swoboda**“ (Freiheit), so dass sie diese nun als größte Fraktion im Stadtrat ablöst.

Ein Erfolg für „Selbsthilfe“ ist zudem, dass ihre Bürgermeisterkandidaten landesweit beachtliche Ergebnisse erzielten, in Charkiw etwa das zweitbeste nach dem Amtsinhaber und ehemaligen Janukowytsch-Verbündeten Kernes.⁴

² Angaben der ZWK zu Dnipropetrowsk sind noch immer nicht verfügbar, s. http://www.cvk.gov.ua/wvm2015/pvm057pid112=30pid102=5914pf7691=5914pt001f01=100rej=0pt00_t001f01=100.html; gemäß der Webseite der Zeitung „Dserkalo Tyshnia“ http://dt.ua/VYBORY2015/u-dnipropetrovsku-miskradu-proyshli-p-yat-partiy-190103_.html erhielt BPP Solidarität sechs Prozent aller Stimmen für den Stadtrat von Dnipropetrowsk. In Charkiw werden sieben Abgeordneten der Partei im Stadtrat von insgesamt 84 vertreten sein, http://www.cvk.gov.ua/wvm2015/pvm057pid112=30pid102=5914pf7691=5914pt001f01=100rej=0pt00_t001f01=100.html (letzter Zugriff 9.11.2015).

³ Nach Angaben der ZWK unter http://www.cvk.gov.ua/wvm2015/pvm002pt001f01=100pt00_t001f01=100.html. Letzter Zugriff 9.11.2015. Das ist die Summe der Listenkandidaten und derjenigen, die als selbstaufgestellt kandidierten, sich aber zu einer Partei bekennen.

⁴ Nach Angaben der ZWK zu Charkiw: <http://www.cvk.gov.ua/wvm2015/pvm048pt001f01=100pt005f01=0pid102=5914pf7691=5914rej=0.html>. Letzter Zugriff 9.11.2015.

Dass der von vielen Beobachtern als korrupt und skrupellos kritisierte Kernes souverän gleich die erste Runde gewann, so dass es in Charkiw keine Bürgermeister-Stichwahl geben wird, dürfte auch damit zu tun haben, dass Kernes nach Janukowytschs Flucht sofort die Seiten wechselte und bereit war, nicht für den „**Oppositionsblock**“, die Nachfolgepartei der „**Partei der Regionen**“, zu kandidieren. Zudem ließ die Wahlkommission vor Ort den in Charkiw nach allen Umfragen populären „**Oppositionsblock**“ nicht zu, mit der Begründung, die Registrierungsunterlagen seien fehlerhaft.

„**Selbsthilfe**“ zieht sogar in den Stadtrat von Odessa ein, mit immerhin 7,8 Prozent. Dort siegten der Verbündete des Oligarchen und ehemaligen Gouverneurs von Dnipropetrowsk Ihor Kolomoiskij, der langjährige Bürgermeister und ehemalige Mann der „**Partei der Regionen**“ Gennadij Trukhanow und seine nur in Odessa existierende Partei „**Vertraue den Taten**“.

Keine Teilung des Landes in Ost und West, sondern Kampf um Ressourcen

Der inzwischen einen offenen Machtkampf mit dem Präsidentenlager ausfechtende Kolomoiskij selbst hatte zwei sich programmatisch widersprechende Parteien ins Leben gerufen, **UKROP** („**Dill**“)⁵ als patriotisch-populistische Partei für Wähler in der Zentral- und Westukraine und **Widrodschennia** („**Wiedergeburt**“) für die pro-russisch geneigten Wähler in der Ostukraine. Letztere wurde prompt die stärkste Kraft im Stadtrat von Charkiw – mit fast doppelt so vielen Sitzen wie „**BPP Solidarität**“.

In Kolomoiskijs Heimatstadt Dnipropetrowsk stehen sich in einer knappen Stichwahl der Bürgermeisterkandidaten die Janukowytsch-Verbündeten vom „**Oppositionsblock**“ und Kolomoiskijs „**UKROP**“ gegenüber. Mit pro-westlich bzw. pro-russisch hat dieser Konflikt nichts, mit Kämpfen um die regionalen Geldtöpfe viel zu tun. Auch in Dnipropetrowsk dürften diejenigen, die auf Transparenz und Reformen hoffen, am ehesten „**Selbsthilfe**“ gewählt haben, die immerhin fünf Prozent erreicht zu haben scheint.⁶

Auch andere radikal-nationalistische Kräfte verbuchten Erfolge. „**Swoboda**“ etwa, die bei der Parlamentswahl 2014 nur einen Stimmenanteil von 4,7 Prozent erzielte, wird auch im Kiewer Stadtrat über eine Fraktion von etwa 14 von 120 Abgeordneten verfügen.⁷

Die populistische „**Radikale Partei von Oleh Liaschko**“ verlor zwar in den Städten, konnte ihre Position auf dem Land aber verteidigen. Ansonsten war „**Swoboda**“ erfolgreich in den westukrainischen Städten wie Chmelnyzki, Ternopil und Iwano-Frankiwsk, wo sie in den Stadträten die größte Fraktion haben wird. In Lemberg dagegen sind ihre Verluste erheblich. **UKROP** erzielte die höchsten Ergebnisse in den Partei-Hochburgen in Gebiet und Stadt Dnipropetrowsk, war aber auch mit 7-8 Prozent in fast allen Gebieten in der ganzen Ukraine erfolgreich, außer in Odessa und Charkiw – wo fest etablierte „**Regionalfürsten**“ herrschen.

Mitglieder der ehemaligen „**Partei der Regionen**“ kandidierten vor allem in den Parteien „**Oppositionsblock**“, „**Nasch Kraj**“ (**Unser Land**) und „**Widrodschennia**“ (**Wiedergeburt**).

⁵ „Ukrop“ ist ein in Russland gebräuchliches Spottwort für Ukrainer, das sich die Partei in Umkehr der Beschimpfung zu eigen gemacht hat. Es ist gleichzeitig die Abkürzung für *Ukrainische Vereinigung von Patrioten*.

⁶ S. Fn. 3.

⁷ Nach Angaben der ZWK, s.

http://www.cvk.gov.ua/wvm2015/pvm057pid112=30pid102=2pf7691=2pt001f01=100rej=Opt00_t001f01=100.html, letzter Zugriff 9.11.15.

Während die erstgenannte Partei tatsächlich aus der Partei der Regionen hervorgegangen ist, gelten die letzten beiden als Projekte des Präsidialamtes⁸ bzw. des Oligarchen Kolomojskij, mit dem Ziel, den „**Oppositionsblock**“ nicht erstarken zu lassen. Dieser war dennoch in sechs Oblasten erfolgreich – Donezk, Luhansk, Saporishia, Dnipropetrowsk, Mykolajiw und Odessa. 2010 dominierte die „**Partei der Regionen**“ aber noch in 9 der 25 ukrainischen Regionen in den Oblasträten.⁹ „**Unser Land**“ belegte landesweit den dritten Platz bei den Lokalwahlen, was wiederum die fast um die Hälfte geschrumpfte Partei „**BPP Solidarität**“ in etwas milderem Licht erscheinen lässt (zur Erinnerung: „**Unser Land**“ ist ein Parteiprojekt des Präsidialamts, darauf gerichtet, ehemalige „Partei-der-Regionen“-Wähler zu binden).

Landesweite Ergebnisse der gewählten Mandatsträger aller Ebenen:

Partei	Aufgestellt von der Partei	Selbstaufstellung	Insgesamt
„Batkiwtschyna“ (Heimatpartei)	5912	820	6732
Block von Petro Poroschenko „Solidarnistj“	6114	226	6340
„Nasch Kraj“ (Unser Land)	3786	85	3871
„Oppositionsblock“	2768	66	2834
„Ukrainische Vereinigung von Patrioten UKROP“	1403	14	1417
„Widroschennia“ (Wiedergeburt)	1184	70	1254
„Swoboda“ (Freiheitspartei)	917	81	998
„Samoponitsch“ (Selbsthilfe)	434	2	436
„Hromadianska Posyzija“ (Bürgerposition)	231	5	236
„Narodnyj Kontrol“ (Volkskontrolle)	220	6	226
„Syla Liudej“ (Kraft der Menschen)	163	6	169

Quelle: http://www.cvk.gov.ua/vm_2015/

⁸ Andrew Wilson, Five Lessons from the Local Elections in Ukraine, 29.10.15,

http://www.ecfr.eu/article/commentary_five_lessons_from_the_local_elections_in_ukraine4087.

⁹ Bericht des Laboratoriums für gesetzgebende Initiativen, <http://parlament.org.ua/upload/docs/Local%20Election-2010-ua.pdf>, S.10; mit insgesamt 33,65% war die Partei die mit Abstand stärkste landesweit (Webseite der ZWK: <http://www.cvk.gov.ua/pls/vm2010/wp001.html>).

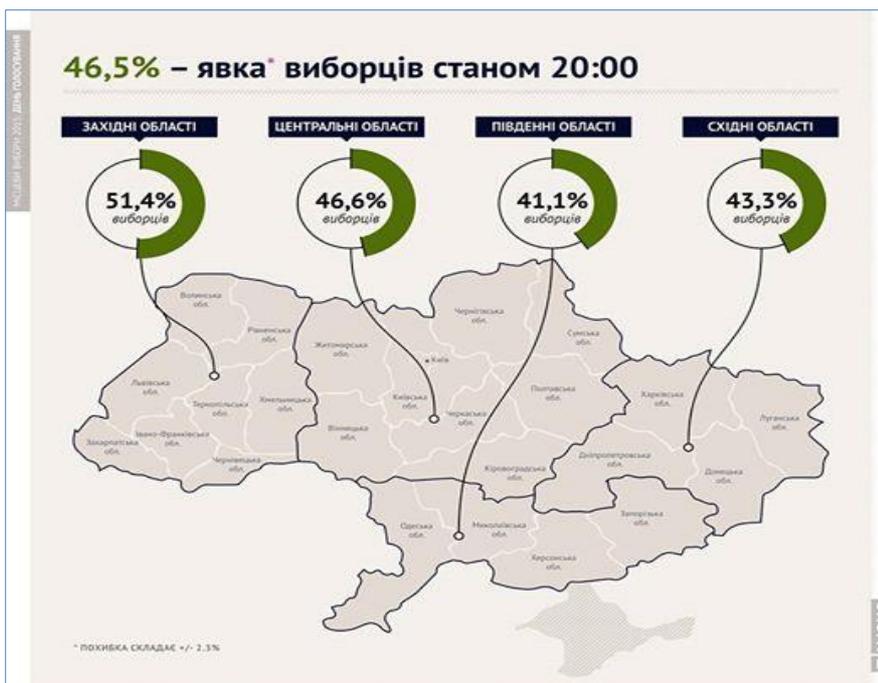
Hintergrund: **Ukraine** Nr. 76 / Oktober 2015

Der „**Oppositionsblock**“ dürfte so noch unzufriedener mit dem Wahlergebnis sein als „**BPP Solidarität**“: weniger wegen der Wähler, die tatsächlich reformorientierte Parteien vorziehen, sondern weil lokale Eliten (siehe das Beispiel der Bürgermeister aus Charkiw und Odessa) Übereinkünfte mit Kiew oder anderen Mächtigen zum eigenen Machterhalt getroffen haben – oder weil Wähler das dem Präsidialamt zugeordnete Parteiprojekt „**Unser Land**“ vorzogen.



Bilder: ENTWICKLUNG VON BUSINESS, ARBEIT STATT VERGÜNSTIGUNGEN Entwicklung von KMU und neue Arbeitsplätze. Kiew soll eine Stadt von Unternehmertum, Innovationen und Investitionen werden - Ohne Geld für teure Billboards beschränkte sich die Partei „Kraft der Menschen“ auf Straßenwahlkampf und Facebook-Anzeigen / „Kraft der Menschen“-Bürgermeisterkandidat mit Team

Von den kleinen, sich transparent finanzierenden und tatsächlich um den Aufbau von dauerhaften lokalen Strukturen bemühenden Parteien – etwa „**Bürgerposition**“ und „**Syla Lyudey**“ (**Kraft der Menschen**) – ziehen Vertreter vor allem in die Räte kleinerer Gemeinden ein, wo nicht das Geld den Wahlkampf bestimmt. Die „**Bürgerposition**“ schaffte es sogar mit 9,5 Prozent in das Lemberger Stadtparlament.



Quelle: Opora

Die Wahlbeteiligung war für eine Lokalwahl nicht besonders niedrig. Nach Angaben des Zentralen Wahlausschusses lag sie bei 46,61% (2010 waren es 48,7%, bei der Parlamentswahl 2014 52,42%). Während die Wahlbeteiligung im Westen tendenziell höher war als im Osten, sind die Unterschiede insgesamt nicht gravierend, wie aus der Graphik des Bürgernetzwerks „Opora“ hervorgeht, die die ukrainischen Gebiete in jeweils einen westlichen, zentralen, südlichen und östlichen Teil zusammenfasst und vergleicht.

Wie weiter – Mehr Reformen oder mehr Populismus?

In drei Orten ist die Wahl komplett gescheitert – alle drei befinden sich in der Nähe des Kriegsgbietes: Mariupol und Krasnoarmijsk in der *Oblast* Donezk bzw. Swatowo in der *Oblast* Luhansk. In allen drei Städten machten Konflikte zwischen den lokalen Wahlkommissionen und Parteien die Wahl unmöglich, teils wegen Unvermögens in der Vorbereitung, teils wegen offenkundiger Betrugsabsichten. Nach eingehenden Untersuchungen muss das Parlament das Datum für Neuwahlen in diesen Orten bestimmen. Realistisch dürfte die Neuwahl frühestens zum Jahresende möglich sein.

Folgerichtig werfen diese Fälle die Frage auf, ob und wie sich Lokalwahlen in den nach wie vor besetzten Teilen der *Oblaste* Donezk und Luhansk überhaupt seriös durchführen lassen. Zudem dürfte es vor dem Hintergrund der Verluste sowie der gesunkenen Popularität der Parteien der großen Fraktionen in der Regierungskoalition insgesamt noch schwieriger geworden sein, die 300 notwendigen Stimmen für die Fortführung von Minsk II im Parlament zusammenzubringen. Gerade die Fraktionen von „**Vaterland**“ und „**Selbsthilfe**“ sehen Lokalwahlen in den besetzten Teilen des Donbass äußerst kritisch. Präsident Poroschenko ist infolgedessen mit zwei gleichermaßen unangenehmen Alternativen konfrontiert: entweder eine neue Mehrheit mit dem Oppositionsblock zu suchen, oder die Koalition zerfallen zu lassen und sich Neuwahlen zu stellen.

Mit Blick auf die gesamte Ukraine ist auffällig, dass gerade jene Parteien gestärkt aus den Lokalwahlen hervorgehen, die sich schon mehrfach am Rande des Austritts aus der Regierungskoalition bewegten – „**Selbsthilfe**“ und „**Vaterland**“. Ihr gutes Abschneiden könnte sie motivieren, künftig auf wichtigeren und einflussreicheren Posten in der Regierung zu bestehen. Die radikaleren Kräfte stehen den größten Parlamentsfraktionen „**BPP Solidarität**“ und „**Volksfront**“ und ihren Leitfiguren ohnehin lieber im Weg, als sie zu unterstützen.

Insofern setzen die Lokalwahlen Präsidenten und Premier weiter unter Zugzwang. Die haben die Botschaft durchaus verstanden. Ob sie allerdings Erfolg damit haben werden, durch eine Neuformierung der Regierung oder vereinzelt – medienwirksam – durchgeführte Verhaftungen hochrangiger Personen aus der gegenwärtigen oder früheren Politik Vertrauen und Glaubwürdigkeit zurück zu gewinnen, ist zweifelhaft. In jedem Fall haben sie wenig Interesse an Neuwahlen. Gleichzeitig ist das gute Abschneiden der kritischen Parteien in der Regierungskoalition, „**Selbsthilfe**“ und „**Vaterland**“ ein Anzeichen dafür, dass Einigung in der Koalition noch schwieriger wird, weil für immer mehr Kräfte Neuwahlen verlockend sind.

Weder das gute Abschneiden der Partei Julia Timoschenkos, die sich vor allem in populären Fernsehshows mit populistischen Forderungen gegen Kommuntariformen und Preiserhöhungen für Erdgas hervortut, noch die Erfolge der neuen Parteiprojekte **UKROP**, „**Unser Land**“ und „**Wiedergeburt**“ oder überhaupt die stärker gewordenen radikal-nationalen Kräfte bedeuten Gutes für die so notwendige Modernisierung der Ukraine. Ironischerweise sind die tatsächlich neuen und reformorientierten Parteien abgeschlagen, etwa die ehemals im Kiewer Stadtrat vertretene post-Maidan-Kleinpartei „**Demokratische Allianz**“, die, wie ähnliche Kleinparteien, in dem finanzstarken Kiewer Umfeld an der neuen Fünfprozenthürde scheiterte.

Gleichzeitig zeigt der landesweite Erfolg von „**Selbsthilfe**“, dass in allen Regionen des Landes Bürger eine pro-westliche Modernisierung ihres Landes wollen. In der programmatisch unterentwickelten ukrainischen Politik steht „**Selbsthilfe**“ dabei weniger für eine bestimmte Ideologie als für das im Landesvergleich (westliche Erfolgs-) Modell Lembergs.

Interessant ist, dass die finanziell besser ausgestattete Partei „**Selbsthilfe**“ zwar landesweit als pro-westliche Reformpartei punkten konnte (sogar in Städten wie Odessa mit 7,8% oder Sewerodonezk, unmittelbar an der Zone der sog. Anti-Terror-Operation, mit 8,3%), in ihrer eigenen Hochburg Lemberg jedoch den Stadtrat nun etwa mit der reformorientierten Kleinpartei „**Bürgerposition**“ (10 Prozent) teilen muss.

So spiegeln die Wahlergebnisse nicht etwa die immer wieder zitierte Trennung in die pro-westliche und die pro-russische Ukraine wider, sondern auch verschiedene Entwicklungsstadien. Im aufgeklärten Lemberg sieht sich „**Selbsthilfe**“ der Konkurrenz durch Kleinparteien ausgesetzt, die sich vor allem soliden Parteaufbau, Transparenz und Korruptionsbekämpfung auf die Fahnen geschrieben haben. Im Osten, wo die neuen Kleinparteien noch lange nicht angekommen sind, wählt eine ernst zu nehmende Gruppe von Bürgern „**Selbsthilfe**“ als die landesweit am auffälligsten und lautstärksten für pro-westliche Reformen stehende Partei.

Es ist der ukrainischen Gesellschaft mit ihren so zahlreichen demokratisch engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu wünschen, dass sich möglichst viele der neu gewählten Mandatsträger der besonderen Verantwortung für die weitere Modernisierung und Stabilisierung des Landes, die Bekämpfung der Korruption und die Beendigung politischer Seilschaften und für eine unabhängige Justiz bewusst sind. Zur Stabilisierung des demokratischen politischen Systems würde wesentlich beitragen, wenn die viel diskutierten und verabschiedeten neuen Regelungen für eine transparente und faire Parteienfinanzierung künftig tatsächlich umgesetzt würden. Zudem sollte das Präsidentschaftsamt sich aus der Parteienarbeit heraushalten und stattdessen mit daran arbeiten, die Politik- und Parteienfinanzierung aus der nach wie vor bestehenden oligarchischen Umklammerung zu befreien. Zeit und Geld für künstliche Parteiprojekte ließen sich besser investieren.



Bild: Wahlplakat Bürgerposition Anatolii Gryzenko

Miriam Kosmehl, Projektleiterin der Stiftung für die Freiheit für die Ukraine und Belarus

Dr. Volodymyr Oliinyk, Projektkoordinator für Ukraine und Belarus

Bildmaterial: FNF-Projektbüro Kiew

Impressum

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit (FNF)
Fachbereich Internationales
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Straße 2
D-14482 Potsdam

Hintergrund: Ukraine Nr. 76 / Oktober 2015